

AKTUELL

GESCHLECHTSSPEZIFISCHE GEWALT

Fehler im System

Melanie Czarnik

Nur eine von zehn Frauen, die sexualisierte Gewalt erfahren hat, erstattet Anzeige gegen den Täter. Wiederum nur eines von zehn Ermittlungsverfahren landet am Ende vor Gericht. Der Luxemburger Opferhilfeverein „La voix de survivant(e)s“ will mit einem Gesetzesentwurf für mehr Gerechtigkeit sorgen.

Das Auditorium im Cercle Cité in Luxemburg-Stadt ist am vergangenen Montagabend fast bis auf den letzten Platz besetzt. In der ersten Reihe sitzt Justizministerin Elisabeth Margue (CSV) umgeben von Vertreter*innen der Staatsanwaltschaft, Journalist*innen, Mitarbeitenden sozialer Einrichtungen, und auch Betroffenen von (sexualisierter) Gewalt und ihren Angehörigen.

Es herrscht betretenes Schweigen, als Ana Pinto, Präsidentin des Opferhilfevereins „La voix de survivant(e)s“ (LVDS), schockierende Zahlen zu geschlechtsspezifischer Gewalt in Luxemburg vorliest. Jede fünfte Frau hierzulande hat innerhalb der letzten 12 Monate (zum Zeitpunkt der Befragung) Gewalt erlebt. 78 Prozent von ihnen wandten sich weder an die Polizei noch an medizinische, psychologische oder andere Fachkräfte. Sie bilden die Dunkelziffer, die in diesem Bereich enorm hoch ist. Die Zahlen sind nicht neu, sie entstammen einer Befragung, die das nationale Statistikamt „Statec“ 2020 durchgeführt hat. Neu hingegen ist der Gesetzesentwurf, den die juristische Arbeitsgruppe des Vereins, ein interdisziplinäres Team aus Jurist*innen, Kinderschutzexpert*innen und Betroffenen, an diesem Abend präsentiert.

Der Text umfasst 52 Maßnahmen, die in drei Teilbereiche auf gegliedert sind, und zielt darauf ab, „diese Form der Gewalt zu verhindern, die Strafflosigkeit zu beenden und die Unterstützung der Opfer zu verbessern“, wie es in der Pressemitteilung zur Veranstaltung heißt. Die Vorschläge basieren zum Teil auf Erfahrungen aus den Reihen der Menschen, die selbst unter dem durchlässigen System zu leiden hatten. Die Gesetzesebene ist das eine, die Umsetzung durch Gericht, Polizei und soziale Dienste eine ganz andere. Auf beiden Ebenen herrscht akuter Verbesserungsbedarf.

Gewaltbekämpfung in drei Teilen

Nicht nur Erfahrungsberichte von Betroffenen, auch Best-Practice-Modelle aus anderen Ländern wurden in das luxemburgische Gesetz übertragen. Allen voran Spanien, aber auch andere EU-Länder, wie Dänemark, Belgien, die Niederlande, und Nicht-EU-Länder wie Kanada haben mit ihren Konzepten Ideen

geliefert, die sich dort bereits in der Praxis bewährt haben. So wurden im ersten Teil des Entwurfs neue Straftatbestände hinzugefügt und bestehende modifiziert, um Lücken im aktuellen Gesetz zu schließen. Dazu zählen Aspekte psychischer und wirtschaftlicher Gewalt und auch das Konzept der Zwangskontrolle, des *contrôle coercitif*. Der Begriff beschreibt, wie Täter durch systematische Kontrolle das Leben von Frauen und Kindern bestimmen. Dabei geht es nicht nur um körperliche Gewalt, sondern um Manipulation und die Kontrolle von wirtschaftlichen Ressourcen sowie die Einschränkung von Rechten und Freiheiten. Auch der Straftatbestand des Femizids soll endlich als Begriff und Konzept im Gesetzestext auftauchen.

Der zweite Teil des Entwurfs fokussiert auf die Rechte von Opfern und Mitbetroffenen sowie auf Präventionsmaßnahmen. Unter anderem soll ein Verwaltungsstatus für Opfer eingeführt werden, der vom geplanten „Centre national d'accueil pour les victimes“ vergeben werden soll und mit dem bestimmte Rechte einhergehen. Dazu gehören psychologische Beratung, finanzielle und rechtliche Unterstützung sowie Vorrang bei der Wohnungsvergabe. Zur Prävention sollen alle betroffenen Fachkräfte geschult werden, darunter Polizist*innen, Mitarbeitende sozialer Institutionen wie der „Service central d'assistance sociale“ sowie medizinisches Personal. Auch eine rund um die Uhr erreichbare Hotline für Opfer sowie eine separate für Täter*innen soll eingerichtet werden. Die Einrichtung eines spezialisierten Gerichts für Fälle von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt soll Retraumatisierungen und lange Wartezeiten verhindern und bildet den dritten Teil des Entwurfs.

Ana Pinto und die LVDS wollen mit der Vorlage des Gesetzesentwurfs einen fundierten Beitrag zum für Anfang nächsten Jahres geplanten nationalen Aktionsplan gegen geschlechtsspezifische Gewalt leisten und das Thema als parteiübergreifende Priorität positionieren. Für das Schlusswort verlässt Elisabeth Margue ihren Platz in der ersten Reihe und betritt die Bühne. „Es muss eine Abwägung zwischen vielen Interessen und auch vielen Gesetzestexten vorgenommen werden. Man könnte sicherlich Projektideen aufgreifen und über den gesamten Vorschlag diskutieren, aber ich bin bereit, das zu tun. Ich möchte, dass die Waage zugunsten der Opfer von häuslicher und sexueller Gewalt ausschlägt.“ Wie viele Ideen des Gesetzesentwurfs die Regierung tatsächlich in ihrem Aktionsplan berücksichtigen wird, zeigt sich im Frühjahr nächsten Jahres.

SHORT NEWS

Le gouvernement œuvre à l'unité syndicale !

(fg) – Pensions, conventions collectives et maintenant travail dominical : les motifs de (grosses) fâcheries s'additionnent entre syndicats et gouvernement. Le dernier accroc en date résulte du dépôt d'un projet de loi par le ministre du Travail, Georges Mischo, étendant le travail dominical de quatre à huit heures dans le commerce de détail. Décision prise sans concertation avec les syndicats, qui estiment qu'il « bafoue le dialogue social et s'affranchit par la même occasion de toute forme de politesse et de respect élémentaires entre partenaires sociaux », grincement le LCGB et l'OGBL dans un communiqué commun du 16 octobre. La mesure aurait dû être discutée au sein du Comité permanent pour le travail et l'emploi (CPTE), affirment les organisations. Ils accusent le ministre « d'effronterie », alors que cet épisode avait été déjà précédé d'un clash portant sur les conventions collectives, Georges Mischo voulant donner aux entreprises la possibilité de les négocier directement avec les délégué-es neutres, en passant outre les syndicats, dont c'est la prérogative. Pour cette raison, ils avaient claqué la porte du CPTE le 8 octobre. Et puis il y a les pensions sur lesquelles le gouvernement tente également de les contourner, tout en affirmant faussement qu'il n'a pas de position arrêtée sur une future réforme du régime. Seule certitude pour l'instant : en accumulant les attaques contre les syndicats, le gouvernement a réussi à souder le LCGB et l'OGBL. Ils restent indéfectiblement unis sur ces dossiers et menacent désormais de passer à l'action. Ensemble.

„Meng Landwirtschaft“ fordert repräsentative Debatten

(mes) – Eine Einladung der Regierung sei noch nicht angekommen, weder für den „Landwirtschaftsdösch“ noch für den „Ernährungsdösch“ kritisieren 17 Organisationen, die sich zur Plattform „Meng Landwirtschaft“ zusammengeschlossen haben, vergangenen Mittwoch in einem offenen Brief an die Landwirtschaftsministerin Martine Hansen (CSV). „Es bedarf dringend einer Neuausrichtung der Politik“, schreibt die Plattform, die sich für eine nachhaltige Landwirtschaft und Ernährungssicherheit einsetzt und Organisationen wie „natur&mwelt“ oder „Seed“ vertritt. Die Probleme seien ebenso zahlreich wie besorgniserregend: Jährlich verhungern rund neun Millionen Menschen, die Anzahl der mangel- und unterernährten steigt indes wieder an (woxx 1798). Demgegenüber steht ein übermäßiger Konsum tierischer Produkte in Ländern wie Luxemburg. Der Zustand natürlicher Habitate verschlechtere sich weiterhin, Landwirt*innen kämpften weltweit mit niedrigen Verkaufspreisen und fänden sich ohne Perspektive wieder. Unter anderem fordert die Plattform deshalb ein faires Einkommen für Landwirt*innen, sowie zusätzliche Mittel, um eine Landwirtschaft zu fördern, die im Einklang mit dem Natur- und Klimaschutz steht. Positivbeispiel einer gelungen Einbeziehung sei eine siebenmonatige in Brüssel stattfindende Gesprächsrunde gewesen. Hieran waren NGOs, Bauern und Bäuerinnen- und Verbraucher*innenverbände beteiligt, um die Gemeinsame Agrarpolitik umzugestalten. „Was die EU-Kommission kann, muss auch Luxemburg zustande bringen!“, konstatiert Meng Landwirtschaft, verbunden mit der Aufforderung, an den laufenden Debatten an Landwirtschafts- und Ernährungstisch beteiligt zu werden.

EU-Abschiebepolitik: Ägypten trödelte

(tf) – Italien hat soeben sein erstes „Asyl-Aufnahmezentrum“ in Albanien eröffnet, die EU-Grenzschutzagentur vermeldet erneut einen massiven Rückgang der „irregulären Grenzübertritte“; trotzdem läuft im Abschiebebusiness der Europäischen Union nicht alles rund: Vor allem Ägypten und Tunesien spielen nicht in allen Punkten mit. Das geht aus einem von der NGO „Statewatch“ geleakten Papier des Rats der EU vom Juli hervor, das also unter dem Vorsitz Ungarns entstanden ist. Ägypten hat bereits im März dieses Jahres ein Partnerschaftsabkommen mit der EU unterzeichnet, das wirtschaftliche Hilfen im Umfang von 7,4 Milliarden Euro vorsieht. Weniger eilig hat es das Land mit einer schriftlichen Vereinbarung, die es zu einer Mitwirkung am repressiven EU-Flüchtlingsregime verpflichtet. Tunesien hat ein entsprechendes „Memorandum of Understanding“ im vergangenen Jahr unterzeichnet. Genau wie Ägypten zeigt es laut den geleakten Informationen jedoch „kein besonderes Interesse“ an einem Abkommen mit der EU, das den Austausch personenbezogener Daten mit der Polizeibehörde „Europol“ beinhalten und – im Papier nicht explizit erwähnt – manche Abschiebungen in Richtung der besagten Länder erst möglich machen würde. Indes hat Libyen in diesem Jahr Tunesien als das Land abgelöst, über das sich der Großteil der Flüchtlinge via zentraler Mittelmeerroute auf den Weg nach Europa macht. Auch mit dem Bürgerkriegsland versucht die EU weiter vertieft ins Geschäft zu kommen.